



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 25. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. April 2019, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	
Tobias Loose (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Bernd Heinemann (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	i. V. von Regina Poersch
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Stephan Holowaty (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht über die 79. Europaministerkonferenz im März 2019</b>	<b>5</b>
	Berichtersteller: Wilfried Hoops, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Planungen zum 20-jährigen Jubiläum der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holstein mit dem russischen Gebiet Kaliningrad in diesem Jahr</b>	<b>8</b>
	Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD) Umdruck 19/2255	
<b>3.</b>	<b>a) Europa gemeinsam gestalten!</b>	<b>13</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1368	
	<b>b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte. Europabericht 2018 - 2019</b>	<b>13</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1371	
<b>4.</b>	<b>Interreg-Projekt STaRForCE (Strong Talents Ready For Crossborder Education)</b>	<b>14</b>
	Berichterstellerin: Mette Lorentzen, Projektleiterin STaRForCE	
<b>5.</b>	<b>Brüsseler Erklärung der Landtagspräsidentenkonferenz zum Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität</b>	<b>17</b>
	Berichtersteller: Landtagsdirektor Dr. Schliesky hierzu: Umdruck 19/2328	
<b>6.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die 2018 abgeschlossene Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der friesischen Volksgruppe und die Planungen zu einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der dänischen Minderheit</b>	<b>21</b>
	Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD) Umdruck 19/1985	
<b>7.</b>	<b>Bessere soziale Absicherung innerhalb Europas</b>	<b>22</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1165	
	<b>Offene Grenzen in Europa: Barrieren für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt abbauen</b>	<b>22</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1194	

<b>8.</b>	<b>Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden</b>	<b>23</b>
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/275	
<b>9.</b>	<b>Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufnehmen</b>	<b>24</b>
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/587 (neu)	
<b>10.</b>	<b>Bericht über die Tagung des Nordischen Rates in Kopenhagen</b>	<b>25</b>
	Berichterstatte(r)in: Abg. Waldinger-Thiering	
<b>11.</b>	<b>Vorschlag für einen gemeinsamen Beitrag für die BSPC-Resolution</b>	<b>26</b>
	hierzu: Umdruck 19/2331	
<b>12.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>27</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss kommt überein, die in der Einladung ausgewiesenen Punkte 3 a), 7, 8 und 9 der Tagesordnung abzusetzen. Er fasst ins Auge, Tagesordnungspunkt 8 gegebenenfalls in einer zusätzlichen Sitzung vor der Sommerpause abschließend zu behandeln. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der Fassung der Einladung gebilligt.

## **1. Bericht über die 79. Europaministerkonferenz im März 2019**

Berichterstatter: Wilfried Hoops, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Die Europaministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, berichtet über die 79. Europaministerkonferenz - EMK -, die passend zu dem Motto: „Die Wahl wird in der Kabine entschieden“ im BVB-Stadion in Dortmund stattgefunden habe. Es seien Inhalte besprochen worden, die die EMK schon seit Längerem beschäftigten: die Europawahl, der Mehrjährige Finanzrahmen sowie die Themen „Brexit“ und Rechtsstaatlichkeit. Im Westen Deutschlands sei ausführlich über den Aufruf zur Europawahl berichtet worden, an dem Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland sich beteiligt hätten, darunter Schülerinnen der A. P. Møller-Skolen.

Weitere Gesprächsthemen seien der künftige EU-Haushalt und die Kohäsionspolitik nach 2020 gewesen, wozu die Europäische Territoriale Zusammenarbeit, insbesondere INTERREG, zählten. Gemeinsam mit den Bundesländern Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland habe man einen Beschluss initiiert, um gegenüber der Bundesregierung auf weitere Beteiligung Deutschlands am Netzwerkprogramm INTERACT hinzuwirken. Der Beschluss sei dem Ausschuss im Rahmen der Berichterstattung über die Europaministerkonferenz zugeleitet worden. Darin gehe es um die Unterstützung des Transfers guter Praktiken, von Wissen und Know-how zwischen den mehr als 100 INTERREG-Partnern und -Programmen. Mit dem Beschluss habe man sich dafür ausgesprochen, dass die Teilnahme fortgesetzt werde, allerdings auch klargestellt, dass die Teilnahme an INTERACT nicht zu Einschnitten bei den INTERREG-Programmen führen solle.

Zum Thema Rechtsstaatlichkeit habe man insbesondere über Verfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge, die gegen Polen und Ungarn eingeleitet worden seien, gesprochen, unter anderem mit dem ehemaligen Stadtpräsidenten von Breslau und einer ehemaligen Abgeordneten aus dem ungarischen Parlament. Es sei darüber gesprochen worden, was man für weite-

re Mechanismen installieren könne, um die Rechtsstaatlichkeit besser zu sichern, da die Artikel-7-Verfahren als „stumpfes Schwert“ gälten und es darauf ankomme, sich über neue Wege Gedanken zu machen.

Zum Thema „Brexit“ habe man Friedrich Merz, den Brexit-Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalens, zu Gast gehabt. Er habe sehr interessante Ausführungen, insbesondere über die Auswirkungen des Brexit auf die Weltwirtschaft und das politische Gefüge der EU, gemacht. Er habe zum Beispiel darauf hingewiesen, dass das Gleichgewicht der Stimmen zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten sich zulasten des Nordens verschieben werde.

Abg. Heinemann fragt, was die Themen seien, die die EMK in Zukunft besonders bewegen dürften. - Frau Dr. Sütterlin-Waack antwortet, sie rechne damit, dass nach der Europawahl verstärkt über weitere Mechanismen im Hinblick auf das Thema Rechtsstaatlichkeit nachgedacht werden werde. Für das Land Schleswig-Holstein seien die finanzielle Situation und der Mehrjährige Finanzrahmen entscheidende Themen. Man hoffe, dass im Bereich INTERREG die Einschnitte nicht so hart ausfielen, wie man zunächst gedacht habe. Dieses Thema werde in den nächsten Monaten nach der Wahl vermutlich bald wieder aufgerufen werden. Wie sie gehört habe, werde darüber nachgedacht, wie sich die Europäische Union in Bezug auf Beitrittsverfahren weiterentwickeln werde. Dazu gebe es ganz unterschiedliche Meinungen, wobei sie selbst wie viele andere auch dahin tendiere, dass es darauf ankomme, mit der Situation klarzukommen, wie sie derzeit gegeben sei, bevor man sich an neue Aufgaben mache. Im Wesentlichen werde es zukünftig darum gehen, wie sich die Europäische Union gegenüber den großen Weltmächten aufstelle.

Auf eine Frage der Abg. Waldinger-Thiering, bei welchen Programmen finanzielle Einschnitte zu erwarten seien, erwidert die Europaministerin, man habe nicht konkret über einzelne Programme gesprochen. Allgemein werde immer über EFRE, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Förderung der Landwirtschaft gesprochen. Bei Erasmus handele es sich um einen der wenigen festgeschriebenen Hoffnungspunkte, von denen gesagt werde, dass mehr Wert darauf gelegt und mehr gefördert werden solle. Alle hätten eingesehen, dass diejenigen, die an den Austauschprogrammen teilgenommen hätten, Multiplikatoren seien, die den europäischen Gedanken positiv weitertrügen. Die Kommission sei insofern zu Recht der Meinung, dass es hier auf keinen Fall zu Einschnitten kommen solle, sondern der Bereich Erasmus und Forschung sogar ausgebaut werden sollte. Dies unterstützten die Kollegen eindeutig.

Abg. Holowaty betont, wie bedeutend die strategische Ausrichtung der EU in der Welt in Zukunft sein werde. Im Spielfeld der großen Mächte - China, Russland, USA und Europa - entscheide sich, wie weit man Einfluss auf Entwicklungen in der Welt nehmen könne. Es gehe nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um Einflussmöglichkeiten im Sinne der eigenen Werte.

## **2. Bericht der Landesregierung über die Planungen zum 20-jährigen Jubiläum der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holstein mit dem russischen Gebiet Kaliningrad in diesem Jahr**

Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD)  
[Umdruck 19/2255](#)

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack betont, dass es sich bei der Partnerschaft zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem russischen Gebiet Kaliningrad um eine Partnerschaft handele, die gelebt werde. Im Jahr 1999 hätten der damalige Kaliningrader Gebietsgouverneur Leonid Gorbenko und die damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis die Partnerschaft ins Leben gerufen. Seitdem zeige sich in der Partnerschaft das Auf und Ab in der europäischen Entwicklung im Verhältnis zu Russland.

Was die Planungen zu Aktivitäten in Schleswig-Holstein anlässlich des Jubiläums 2019 betreffe, habe die Landesregierung den Kaliningrader Gebietsgouverneur Anton Alichanov für Dezember 2019 nach Kiel eingeladen. Er habe die Einladung positiv aufgenommen und den Termin notiert. Als Themenbereiche, über die man mit den Gästen genauer sprechen wolle, seien Wirtschaft, Kultur, Bildung und Jugend vereinbart. Dazu werde eine Delegation von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft anwesend sein.

Der Besuch des Gouverneurs solle am Nachmittag des 4. Dezember 2019 in Lübeck mit einem Besuch bei der Hafengesellschaft beginnen. Für den Abend sei eine festliche Veranstaltung im Kieler Schauspielhaus geplant, bei der der Ministerpräsident und die Stadt Kiel mit dem Stadtpräsidenten und dem Oberbürgermeister vertreten sein würden. Die Festveranstaltung solle die gesamte Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements in der Partnerschaft beider Regionen einbeziehen. Es werde kulturelle Beiträge und einen anschließenden Empfang im Foyer, um miteinander ins Gespräch zu kommen, geben. Das Catering werde im Rahmen eines Berufsschulaustauschprogramms von Kieler und Kaliningrader Schülerinnen und Schülern organisiert.

Mit dem Deutsch-Russischen Wirtschaftsband sei vereinbart worden, dem Gouverneur anzubieten, die Region Kaliningrad mit einer Delegation auf dem Russischen Mittelstandstag am 5. Dezember 2019 in Hamburg zu präsentieren.

Weit über den Wirtschaftsbereich hinausgehend werde derzeit ein Programmrahmen erarbeitet, der viele dezentrale Aktivitäten einbinde:



Das städtische Museum Flensburg zeige auf dem Museumsberg vom 10. November 2019 bis zum 9. Februar 2020 eine Ausstellung des trinationalen russisch-dänisch-deutschen Künstlerprojekts „Miteinander Grenzen überwinden“. Diese werde thematisch mit dem Jubiläum der Volksabstimmung über die deutsch-dänische Grenze verbunden. Der Museumsberg würde die Ausstellung gern auch in Kaliningrad zeigen.

Vom 29. November bis 6. Dezember 2019 werde in der Akademie Sankelmark ein internationales Seminar „Ostpreußen - Dimension der Erinnerung“ mit Teilnehmenden aus Polen, Kaliningrad, Litauen und Deutschland durchgeführt.

Die Bildungsministerien von Schleswig-Holstein und Kaliningrad planten für den 4. Dezember 2019 die Unterzeichnung eines Abkommens für die Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung.

Der Landesjugendring habe für Anfang Dezember 2019 nach Schleswig-Holstein zu einem Besuch von Kaliningrader Fachkräften der Jugendarbeit eingeladen.

Der Lübecker Förderverein für Jugend, Bildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad unterstütze die Jubiläumsaktivitäten nach Kräften. Die Kaliningrader Sozialministerin habe gegenüber dem Förderverein ihr Interesse bekundet, mehr über die Altenpflege in Schleswig-Holstein zu erfahren.

Die Christian-Albrechts-Universität werde in der ersten Dezemberwoche 2019 ihr 25-jähriges Partnerschaftsjubiläum mit Studentinnen und Studenten und Hochschulvertretern der Kaliningrader Kant-Universität würdigen.

Die Stadt Kiel organisiere in der Festwoche eine Diskussionsrunde von Kieler Jugendlichen mit Jugendlichen aus den Partnerstädten Kaliningrad und Sovetsk. Dabei solle es um einen Ideenwettbewerb zu der Frage gehen: Wie könnten unsere Städte zu einer Ostseekulturstadt werden?

Die Musikschule Kiel werde in dieser Woche den jährlichen Musikschüleraustausch mit Kaliningrad und Sovetsk stattfinden lassen und mit circa 30 Kindern zur Festveranstaltung im Schauspielhaus beitragen.

Die Ministerin stellt dem Ausschuss in Aussicht, ihn über die anstehenden Termine und Planungen, sobald noch Näheres feststände, zu informieren.

In Kaliningrad seien die 9. Deutsch-Russischen Dokumentarfilmtage „Territorium Film“ vom 17. bis 19. Oktober 2019 geplant. Sie selbst wolle gern daran teilnehmen, allerdings auch nicht verschweigen, dass die politischen Rahmenbedingungen sich verschlechtert hätten. Das Ministerium habe dem Ausschuss berichtet, dass es ein neues Gesetz der Russischen Föderation gebe, das die Durchführung des Filmfestivals mit ausländischen Filmen erschwere. Die Durchführung des Festivals unterliege jetzt einem grundsätzlichen Genehmigungsvorbehalt durch das russische Kulturministerium. Diese Genehmigung sei für die Deutsch-Russischen Dokumentarfilmtage im März erteilt worden. Allerdings seien Beschränkungen, das heißt inhaltliche Kontrollen, der Filme festzustellen. Das Moskauer Kulturministerium könne die Vorführung der Filme bis fünf Tage vor dem Termin der Darbietung untersagen.

Man habe auch in der Vergangenheit immer deutlich betont, dass die Partnerschaft die Funktion haben solle, auch in schwierigen Zeiten die Kommunikation aufrechtzuerhalten. Auch die Vorgängerregierung habe schon deutlich gemacht, dass das russische Gesetz über die ausländischen Agenten eine Fortführung des Handels in der alten Form unmöglich gemacht habe. Insgesamt gelte es, nach vorn zu schauen. Die Probleme habe sie benannt und werde dies auch gegenüber der russischen Seite mit der nötigen diplomatischen Einbettung tun. Man werde darauf hinweisen, dass das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und kultureller Freiheit ein anderes sei.

Im Rahmen des geplanten Kaliningradbesuchs werde sie zudem Gespräche führen. Sie freue sich sehr, dass der Kieler Stadtpräsident Tovar und aus Neumünster Stadtpräsidentin Schättiger und Oberbürgermeister Dr. Tauras Interesse hätten, sie im Oktober 2019 nach Kaliningrad zu begleiten.

Abg. Heinemann stellt fest, man habe bereits im November 2018 im Europaausschuss einen Beschluss gefasst, mit dem eine Anregung der Abg. Poersch unterstützt worden sei. Danach wolle man zum 20-jährigen Jubiläum der parlamentarischen Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und dem Kaliningrader Gebiet eine gemeinsame Europaausschusssitzung mit dem Ausschuss für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und öffentliche Ordnung der Kaliningrader Gebietsduma durchführen und gemeinsam ein Memorandum zu verabschieden. Dafür gelte es Vorarbeit zu leisten und die eine oder andere Kontaktaufnah-

me im Jahr 2019 zu nutzen. Er hoffe, dass jede Art von Kooperation dazu genutzt werde, um die Landesregierung und das Parlament nicht doppelte Arbeit machen zu lassen. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert zu, dass die Landesregierung, gern Unterstützung leiste, wo sie es könne.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob der Kaliningrader Gouverneur voraussichtlich von Mitgliedern der Duma begleitet werde, mit denen man sich gegebenenfalls am Rande der Veranstaltung zusammensetzen und wegen einer Agenda austauschen könne. Neben dem Hafen und der Fährverbindung zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Schleswig-Holstein nehme die Zusammenarbeit der Hochschulen einen großen Stellenwert ein. Neben der Kooperation mit der Kant-Universität um Wissenschaftsaustausch sei es zuletzt bei einem Besuch im Kaliningrader Gebiet darum gegangen, wie sich Start-ups in Kaliningrad organisieren ließen. Er erkundigt sich, ob es Pläne zur gezielten Auseinandersetzung mit dem Thema Hochschule gebe.

Die Ministerin antwortet, ob Abgeordnete der Duma den Gouverneur begleiten würden, sei noch offen, lasse sich jedoch verfolgen und nachfragen, ob diesbezüglich Interesse bestehe. Zur Hochschulkooperation sei ihr derzeit nur die Veranstaltung bekannt, die seitens der CAU geplant sei.

Herr Musiolik, stellvertretender Leiter der Abteilung „Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten“ im Europaministerium, bestätigt, zentraler Akteur sei hier die CAU, die die Feiern zum 25. Jubiläum in ebendiese Woche gelegt habe, um sich sozusagen in den Reigen der Partnerschaftsaktivitäten einzureihen. Start-ups seien sicherlich ein Thema, das auch Gouverneur Alichanov interessieren dürfte. Eines der Schwerpunktthemen seines Besuchs solle das Thema Wirtschaft sein. Der IT-Bereich in Kaliningrad sei gut aufgestellt; auch hier lägen gegebenenfalls Möglichkeiten, den Besuch des Gouverneurs zu nutzen.

Abg. Pauls empfiehlt bezüglich des Interesses der Kaliningrader Sozialministerin an der Altenpflege in Schleswig-Holstein, die AWO-Servicehäuser zu besuchen. Es handele sich um ein Versorgungsmodell der Zukunft, bei dem Schleswig-Holstein Vorreiterfunktion habe. Sie gehe davon aus, dass der Landesvorsitzende der AWO zur Unterstützung bereit sei.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht und drückt die Hoffnung aus, dass die partnerschaftlichen Aktivitäten in diesem und im nächsten Jahr zur Stärkung der Verbindung zwischen

Schleswig-Holstein und dem Kaliningrader Gebiet beitragen, auf das die politische „Großwetterlage“ der Partnerschaft und guten Nachbarschaft nicht entgegenstehen möge.

**3. a) Europa gemeinsam gestalten!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1368](#)

(überwiesen am 29. März 2019)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte.  
Europabericht 2018 - 2019**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1371](#)

(überwiesen am 29. März 2019 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Europabericht 2018 - 2019, [Drucksache 19/1371](#), abschließend zur Kenntnis.

#### **4. Interreg-Projekt STaRForCE (Strong Talents Ready For Cross-border Education)**

Berichterstatterin: Mette Lorentzen, Projektleiterin STaRForCE

Frau Lorentzen, Leiterin des Projekt STaRForCE - Strong Talents Ready For Crossborder Education -, stellt die Arbeit des Projekts, das mit INTERREG-Mitteln durch die Europäische Union gefördert werde, anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage 1).

Abg. Waldinger-Thiering lobt das Projekt. Es sei richtig, dass alle berufsbildenden Schulen sich an dem Projekt beteiligten. Sie bittet um Informationen über mögliche Probleme mit der sozialen Absicherung der jungen Leute, die im Grenzland eventuell als Pendler arbeiteten.

Frau Lorentzen antwortet, bei dem Projekt tauchten diesbezüglich im Alltag kaum Probleme auf. Den Auszubildenden, die von Dänemark nach Deutschland kämen, werde empfohlen, nach Deutschland umzuziehen. Mit einer deutschen Ausbildungsvergütung in Dänemark zu wohnen, sei schlicht unmöglich. Die Auszubildenden zögen nach Deutschland und seien dort gemeldet und krankenversichert, also keine Pendler. Sie könnten eine Förderung in Dänemark beantragen, durch die eine Unterstützung bei den Umzugskosten gewährt und die Wohnungskosten hälftig übernommen würden. Für den Besuch von Schulblöcken in Dänemark bekämen die Auszubildenden ein dänisches Lehrlingsgehalt. Diese Lösung funktioniere für die Auszubildenden.

Abg. Heinemann fragt nach, wie es funktioniere, durch das Projekt eine in beiden Ländern anerkannte Ausbildung zu erlangen.

Frau Lorentzen erläutert, dass es sich bewährt habe, den betrieblichen Teil der Ausbildung im jeweils anderen Land zu absolvieren. Dazu seien Absprachen mit offiziellen Stellen bezüglich der Berufsschulpflicht und Anerkennung unterschiedlicher Prüfungsteile nötig, damit die Auszubildenden jeweils ein deutsches und ein dänisches Abschlusszeugnis erlangten. An einem Beispiel erläutert sie, dass ein dänischer Auszubildender die Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann in Dänemark begonnen und die praktische Ausbildung in Deutschland absolviert habe. Für die Berufsschulblöcke, die über zwei Jahre betrachtet sechs Wochen ausgemacht hätten, sei er jeweils in Dänemark gewesen.

Im Rahmen der letzten drei Jahre des Projekts seien zu fünf Berufsprofilen - Fachkraft für Lagerlogistik, IT-Support, Elektroniker für Betriebstechnik, Einzelhandelskaufmann und Koch - mit den Berufsschulen zur Vorbereitung auf die deutsche Prüfung Schulblöcke entwickelt worden. Diese hätten das vermittelt, was den dänischen Auszubildenden in Dänemark nicht vermittelt worden sei. Dass auf diesem Weg ein Doppelabschluss für die Auszubildenden erreicht werde, sei im Vergleich zu anderen Projekten EU-weit einzigartig. Beispielsweise sei ein deutscher Prüfungsausschuss nach Dänemark gereist, um eine dort stattfindende praktische Prüfung mit abzunehmen.

Was die Auszubildenden betreffe, die aus Deutschland nach Dänemark gingen, lasse das deutsche Berufsbildungsgesetz zu, dass Auszubildende bis zu 25 % ihrer Ausbildungszeit im Ausland verbrächten. Frau Lorentzen führt ein Fallbeispiel an, in welchem es gelungen sei, dass in den Ausbildungszeiten, die der Auszubildende in Dänemark verbracht habe, an der Berufsschule genau das vermittelt worden sei, was er in Deutschland verpasst habe.

Auch Abg. Pauls lobt das Projekt, welches ihr schon im Vorwege des Vortrags über die IHK bekannt gewesen sei. Sie möchte wissen, wie Absolventen des doppelten Ausbildungsgangs sich angesichts der besseren Verdienstmöglichkeiten in Dänemark am Ende der Ausbildung im Hinblick auf ihren zukünftigen Arbeitsplatz entschieden. - Frau Lorentzen berichtet, die bisherigen Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer seien fürs Erste in den Betrieben, die sie ausgebildet hätten, geblieben.

Abg. Andresen fragt nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Projekts ohne INTERREG-Förderung gefragt und danach, was es brauche, damit es noch mehr Projekte dieser Art geben könne.

Frau Lorentzen meint, mithilfe des Projekts sei der Situation nicht gänzlich abzuhelfen, dass hierzulande viele Lehrstellen im Bereich kaufmännischer und gewerblich-technischer Berufe sowie der Gastronomie unbesetzt geblieben seien - laut IHK Flensburg seien es 603 Lehrstellen im Jahr 2018 gewesen -, während in Dänemark nur 50 % der Schülerinnen und Schüler eine Lehrstelle oder einen Praktikumsplatz bekämen. Ziel sei es, die Attraktivität, das Potenzial und die Perspektiven einer beruflichen Ausbildung in der Region deutlich zu machen. Was INTERREG betreffe, freue sie sich, 2020 Danke für die Förderung und den Rahmen sagen zu können, in dem das Projekt soweit gewachsen sei, dass es im Ergebnis fortbestehen könne. Dafür sei es wichtig, dass das Projekt in den Grundstrukturen bei den unter-

schiedlichen Partnern integriert worden sei. Es handele sich um Angebote, die auch über das Projekt hinaus weiter existieren können sollten. In den nächsten anderthalb Jahren sei es nötig, neben den bereits erschlossenen Berufsprofilen weiter in die Fläche zu gehen und die Betriebe dafür zu begeistern, die Idee in ihr Azubi-Marketing einzubringen.

Abg. Waldinger-Thiering erkundigt sich, was sich durch die neuen Strukturen an den Berufsschulen verändert habe.

Frau Lorentzen fasst zusammen, sie habe in den vergangenen Jahren eine tolle Zusammenarbeit mit den Berufsschulen erlebt. In diesem Projekt sei neben der Zusammenarbeit der IHK Flensburg und der Berufsschulen auch die Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen bereichernd gewesen, die die Schulblöcke für den Einzelhandel erarbeitet hätten. Es sei Offenheit vorhanden, anders an diese Blöcke heranzugehen und im Kleinen Dinge auszuprobieren. Hierin liege die große Chance derartiger Projekte. Wichtig sei, dass es sich um kein Minderheitenprojekt handele, obwohl Minderheiten - gerade die Absolventen dänischer Abgangsschulen, von denen sich bisher niemand für eine duale Ausbildung entschieden habe - prädestiniert dafür seien.

Auf eine Nachfrage von Abg. Pauls gibt Frau Lorentzen an, dass man für den Bereich des Handwerks nicht zuständig sei und in diesem Bereich dennoch teilweise in Abstimmung mit den dortigen Kollegen wirke. Zu Beginn der Projektzeit habe man sich auf fünf Profile mit dem Ziel festgelegt, für zwei Bereiche am Ende der Projektzeit Modelle vorlegen zu können. Die Wahl sei auf die entsprechenden Bereiche gefallen, weil der Bedarf dort hoch sei und man in verschiedenen Bereichen habe Erfahrung sammeln wollen. Für Ende Juni 2019 sei eine Pressekonferenz, bei der auch Ministerin Dr. Sütterlin-Waack anwesend sein werde, geplant, in der über alle fünf Projektbereiche gesprochen werde. Für die nächsten anderthalb Jahre sei geplant, enger mit der Handwerkskammer zusammenzuarbeiten, die das Projekt über die ganze Zeit als Netzwerkpartner mitverfolgt habe.

Abg. Pauls erkundigt sich, ob die IHK Flensburg auch bei einem verwandten Projekt, das für den Bereich der Pflege existiere, beteiligt sei. - Frau Lorentzen erläutert, dass die Herausforderung, was die Anerkennung betreffe, bei der Pflege, das heißt bei den regulierten Berufen, eine andere sei. Der pragmatische Ansatz, der sich für die Prüfungen bewährt habe, lasse sich potenziell auf andere Bereiche übertragen; man stehe deswegen im Kontakt. Es bestünden gute, alle Berufszweige übergreifende Netzwerke.



## 5. **Brüsseler Erklärung der Landtagspräsidentenkonferenz zum Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität**

Berichterstatter: Landtagsdirektor Dr. Schliesky  
hierzu: [Umdruck 19/2328](#)

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags, stellt die Ergebnisse der Landtagspräsidentenkonferenz in Bezug auf die Arbeit einer Expertenkommission mit dem Namen „Task Force Subsidiarität - Verhältnismäßigkeit und weniger aber effizienteres Handeln“ vor. Dies sei sinnvoll, weil dadurch möglicherweise das Subsidiaritätsprüfverfahren, mit dem sich der Ausschuss seit vielen Jahren beschäftige, in Bewegung kommen werde. Nach der Europawahl könnte sich bei der Prüfung der Subsidiaritätsfragen einiges verändern.

Herr Dr. Schliesky legt zur Vorgeschichte dar, die Kommission habe sich seinerzeit vorgenommen, die Frage des Umgangs mit der Subsidiarität zu überprüfen und dazu die genannte Task Force unter Leitung des ersten Vizepräsidenten der Kommission, Franz Zimmermann, eingerichtet. Diese habe ihren Bericht am 10. Juli 2018 vorgelegt. Die Kommission habe wesentliche Inhalte dieses Berichts in ihrer Mitteilung vom 23. Oktober 2018, „Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit - Stärkung ihrer Rolle bei der Politikgestaltung der EU“, aufgenommen.

Die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungskompetenzen, vor allem die Landesparlamente in Deutschland und Österreich, seien an der Arbeit in dieser Kommission nicht beteiligt worden, wenngleich dies von der Präsidentenkonferenz im Vorfeld intensiv erbeten beziehungsweise angemahnt worden sei. Den betroffenen Parlamenten einen Sitz in der Kommission zu gewähren, sei seitens der Kommission verweigert worden. Das Europaparlament habe sich dann seinerseits verweigert und nicht mitgearbeitet, sodass die Ergebnisse der Task Force mit einem gewissen Schönheitsfehler versehen seien.

Die Präsidentenkonferenz greife in ihrer Brüsseler Erklärung vom 28. und 29. Januar 2019 dennoch einige Ergebnisse der Task Force auf. Die Kommission habe vorgeschlagen, dass man einige Maßnahmen ergreifen sollte, die darauf abzielten, den Landesparlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen mehr Möglichkeiten bei dem Subsidiaritätsprüfverfahren einzuräumen. Vor allen Dingen gehe es um etwas, das Schleswig-Holstein als eines von wenigen Bundesländern in Deutschland praktiziere, nämlich darum, dass im Vorfeld der Bestimmung

europapolitischer Schwerpunkte, die man im Rechtsetzungsprozess begleiten wolle, sich die Landesregierung mit dem Parlament auf der Grundlage einer wechselseitigen Vereinbarung zusammensetze. Dies sei der entscheidende Zeitraum, in dem man eigene Vorstellungen und Interessen einbringen könne. Das erkenne die Kommission jetzt an. Bereits im Gesetzgebungszeitraum sollten demnach die lokalen und regionalen Ebenen stärker beteiligt werden, wobei für die Parlamente bisher kein gesondertes Verfahren im Vergleich zur Behandlung anderer Akteure der Zivilgesellschaft vorgesehen sei. Es werde lediglich anerkannt, dass es Akteure gebe, die etwas beizutragen hätten und sich in Anhörungsverfahren äußern können sollten.

Herr Dr. Schliesky trägt weiter vor, gleichzeitig habe sich die Taskforce für eine neue Arbeitsweise in Subsidiaritätsfragen ausgesprochen. Sie nenne dieses Modell „Aktive Subsidiarität“. Es bezwecke mehr Mitverantwortung der regionalen Parlamente und als Ergebnis mehr Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürger für die Leistung der Europäischen Union. Um das zu erreichen, werde das alte Subsidiaritätsraster des Amsterdamer Vertrages wiederbelebt. Die Taskforce und die Kommission griffen es auf, um die Einführung eines „europaweiten einheitlichen Subsidiaritätsrasters“ vorzuschlagen, dem man sich sicherlich anpassen müsste. Was der Schleswig-Holsteinischen Landtag als Prüfraster mit der Landesregierung vereinbart habe, würde dadurch ein Stück weit hinfällig. Erst die nächste Kommission werde zu entscheiden haben, ob sie diese Vorschläge umsetzen wolle.

Die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten hätten dieses Modell in der Brüsseler Erklärung begrüßt und sich ebenfalls dafür ausgesprochen, den dauerhaften direkten Dialog mit den europäischen Institutionen, vor allem mit der Kommission, zu suchen. Bisher scheitere ein direkter Dialog an der föderalen Ordnung. Man wende sich mit den Stellungnahmen des Ausschusses und des Landtags über die Landesregierung an den Bundesrat und hoffe, dass sich dort eine Mehrheit finde, die das Anliegen im Subsidiaritätsverfahren zur Geltung bringe. Es handle sich um ein sehr mühsames Verfahren, das bisher noch keine entsprechenden Mehrheiten erbracht habe. Dadurch habe noch nichts verhindert werden können; es habe die europäische Ebene bisher nicht sonderlich beeindruckt. Etwas anderes wäre es, könnte man sich direkt an die europäischen Organe wenden. In diese Richtung gehe die Entwicklung tendenziell.

Die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten hätten außerdem den Vorschlag der Kommission ausdrücklich begrüßt, die Acht-Wochen-Frist gegebenenfalls zu verlängern. Es werde

von der Kommission für die Nachfolgekommission angeregt, eine Zwölf-Wochen-Frist für die Prüfung von Subsidiaritätsbedenken vorzusehen und die Acht-Wochen-Frist überdies flexibel anzuwenden. Das betreffe letztlich technische Fragen, zum Beispiel, dass Ferienzeiten und Feiertage in Europa herausgerechnet werden könnten.

Die Kommission werde von den Präsidentinnen und Präsidenten aufgefordert, die Stellungnahmen und Vorschläge der regionalen Parlamente in ihren Jahresbericht über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit aufzunehmen und angemessen darzustellen. Damit griffen die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten den Vorschlag auf, dass regionale Parlamente in allen Phasen des Gesetzgebungsprozesses, vor allem im Hinblick auf den Konsultationsprozess der Kommission, ihre regionalen Interessen vertreten könnten.

Ein wichtiger Punkt, der aus seiner Sicht - so Herr Dr. Schliesky - ganz entscheidend sei und bei der eigenen Subsidiaritätsbeurteilung eine Rolle spiele, sei die Folgeabschätzung zu den regionalen Auswirkungen der Subsidiarität. Die Präsidentinnen und Präsidenten forderten die Kommission auf, dass diese Folgenabschätzung in die Begründung zu dem jeweiligen Gesetzgebungsvorschlag auf EU-Ebene aufgenommen werde. Derzeit sei es so, dass die Kommission bei neuen Rechtssetzungsvorschlägen Ausführungen zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit mache, aber nicht auf die regionale Ebene schaue, wo Subsidiarität sich auswirke. Subsidiarität werde meist nur aus der Sicht der Kommission auf supranationaler Ebene beurteilt und stelle die Vorteile einer solchen Regelung dar. Die Folgen, die Subsidiarität tatsächlich habe und auf deren Grundlage sich erst beurteilen lasse, inwiefern eine Erledigung auf der regionalen Ebene besser möglich wäre, gelänge erst, wenn die Folgenabschätzung seitens der regionalen Ebene von der Kommission aufgenommen würde.

Die übrigen Forderungen beziehungsweise Bitten der Landtagspräsidentenkonferenz seien nicht ganz neu: Es gehe um die Frage der Ausbalancierung der europäischen Rechtssetzung, also um die stete Aufforderung, dass die europäische Ebene etwas zurückhaltender von den begrenzten Einzelermächtigungen Gebrauch machen möge. Man möge die Reglungsdichte reduzieren und immer wieder überprüfen, ob man Kompetenzen wirklich in Anspruch nehmen müsse. Richtlinien seien wünschenswerter als Verordnungen, weil bei ihnen ein eigener regionaler Umsetzungsspielraum bestehe. Man bitte darum, Vertreterinnen und Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften zu relevanten Ausschusssitzungen in Brüssel einzuladen. Außerdem stelle sich die Frage einer institutionellen Datenbank. Man habe diesbezüglich in vergangenen Wahlperioden über EUDISYS diskutiert, eine Datenbank

des Bundesrats, welcher den Landesparlamenten bis heute den Zugang dazu versage. In der Folge müsse man diese Daten selbst generieren. Eine einheitliche Datenbank für die Dokumente dieser Art wäre hilfreich. Da man auf nationaler Ebene nicht weiterkomme, sei die Kommission gebeten worden, etwas Entsprechendes europaweit zwischen den verschiedenen Organen und allen beteiligten Parlamenten aufzubauen.

Für die weiteren Beratungen gibt Herr Dr. Schliesky den Hinweis, dass der Europaausschuss des Bayrischen Landtags beschlossen habe, sich mit der Mitteilung der Kommission vom 23. Oktober 2018 intensiver zu beschäftigen und eine eigene Stellungnahme direkt an die EU-Kommission abzugeben. Die Praxis, die Kommission direkt anzuschreiben, sei beim Bayrischen Landtag und dem dortigen Europaausschuss schon länger gegeben, und die Kommission antworte mittlerweile auf die Schreiben. Auf Bitten von Abg. Waldinger-Thiering sagt Landtagsdirektor Dr. Schliesky zu, sobald die Stellungnahme des Bayrischen Landtags vorliege, diese dem Ausschuss zuzuleiten (Drucksache des Bayrischen Landtags 18/1447 vom 2. April 2019).

**6. Bericht der Landesregierung über die 2018 abgeschlossene Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der friesischen Volksgruppe und die Planungen zu einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der dänischen Minderheit**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/1985](#)

hierzu: [Umdruck 19/2332](#)

Abg. Pauls begründet ihren Antrag damit, die Abgeordneten hätten sich nicht ausreichend informiert gefühlt und Hinweise auf die Vereinbarung aus der Zeitung erfahren. Sie bitte darum, im weiteren Verfahren informiert zu werden.

Frau Pieper, stellvertretende Leiterin des Referats „Auswärtige Angelegenheiten (ohne EU und Ostsee) und nationale Minderheiten“ in der Staatskanzlei, berichtet, die Staatskanzlei habe eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Nordfriesischen Institut, zu der man im vergangenen Jahr bereits einmal berichtet habe, da der Landesrechnungshof eine Prüfung durchgeführt und verschiedene Anmerkungen gemacht habe. Da der Landesrechnungshof unter anderem den Punkt der Evaluierung erwähnt habe, sei geplant eine solche vorzulegen.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem SSF - Sydslesvigsk Forening - liege derzeit dem Landesrechnungshof vor, den man diesbezüglich nicht drängen dürfe. Es werde noch eine Detailfrage betreffend Landeshaushalt und Zuwendungsrecht zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das für die Förderung zuständig sei, und dem Finanzministerium geklärt. Sowie der Landesrechnungshof sich geäußert habe, wolle man dem Europaausschuss über die Reaktionen auf die Anmerkungen, die zu erwarten seien, berichten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Staatskanzlei, [Umdruck 19/2332](#), mit den Erläuterungen zur Kenntnis.

## 7. **Bessere soziale Absicherung innerhalb Europas**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1165](#)

### **Offene Grenzen in Europa: Barrieren für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt abbauen**

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1194](#)

(überwiesen am 25. Januar 2019 an den **Europaausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**8. Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/275](#)

(überwiesen am 17. November 2017)

hierzu: [Umdrucke 19/394](#), [19/525](#), [19/538](#), [19/548](#), [19/556](#), [19/564](#),  
[19/568](#), [19/570](#), [19/584](#), [19/585](#), [19/586](#), [19/589](#),  
[19/607](#), [19/617](#), [19/1165](#), [19/1954](#), [19/2332](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Der Ausschuss fasst ins Auge, ihn gegebenenfalls in einer zusätzlichen Sitzung vor der Sommerpause abschließend zu behandeln.

## 9. Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufnehmen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/587](#) (neu)

(überwiesen am 22. März 2018 an den **Innen- und Rechtsaus-**  
**schuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/870](#), [19/881](#), [19/929](#), [19/993](#), [19/999](#), [19/1002](#),  
[19/1003](#), [19/1007](#), [19/1011](#), [19/1018](#), [19/1026](#), [19/1028](#), [19/1030](#),  
[19/1033](#), [19/1034](#), [19/1037](#), [19/1039](#), [19/1050](#), [19/1086](#), [19/1142](#),  
[19/1253](#), [19/1263](#), [19/1271](#), [19/2131](#), [19/2332](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.



## **10. Bericht über die Tagung des Nordischen Rates in Kopenhagen**

Berichterstatterin: Abg. Waldinger-Thiering

Abg. Waldinger-Thiering berichtet über die Sitzung des Nordischen Rats in Kopenhagen, 8. bis 9. April 2019, und die dort geführten Gespräche. Auf Einladung des Nordischen Rats hätten die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der nordischen Länder zur Europawahl die Gelegenheit gehabt, ihre verschiedenen Haltungen zu Wahlkampfthemen darzulegen. Ein wichtiges Thema sei der Einfluss nordischer Politiker auf die zukünftige Arbeit in Brüssel gewesen. Weitere Themen seien die Gleichstellung der Geschlechter, der Frauenanteil in Parlamenten und die Sicherheitspolitik in Europa unter besonderer Berücksichtigung klimapolitischer Aspekte gewesen. Der Nordische Rat habe zum Ausdruck gebracht, dass es ihm wichtig sei, dass Schleswig-Holstein als Partner- und Nachbarland vertreten sei.

Abg. Pauls kritisiert, dass die regierungstragenden Fraktionen an der Tagung nicht teilgenommen hätten.

## 11. **Vorschlag für einen gemeinsamen Beitrag für die BSPC-Resolution**

hierzu: [Umdruck 19/2331](#)

Der Vorsitzende verweist zur Einführung in die Thematik auf [Umdruck 19/2331](#). Einstimmig empfiehlt der Ausschuss den Delegierten der Ostseeparlamentarierkonferenz - BSPC -, darauf hinzuwirken, dass der in [Umdruck 19/2331](#) vorgeschlagene Absatz zum Thema „Muniti- on in der Ostsee“ Teil des Entwurfs der BSPC-Resolution 2019 werden solle.

Abg. Lehnert bringt die Verfahrensfrage auf, ob der Ausschuss in vergleichbaren Fällen in Zukunft ähnlich verfahren wolle oder - wie es bisher gewesen sei - den Delegierten die Vor- besprechung überlassen wolle.

Frau Schmidt Holländer, Leiterin des Service-Teams „Europaausschuss“ in der Landtags- verwaltung, erläutert das übliche Verfahren zur Vorbereitung des jährlichen BSPC- Resolutionsentwurfs.

Abg. Lehnert fasst zusammen, der Ausschuss sei mit dem heutigen Beschluss von den übli- chen Verfahren und Zuständigkeiten abgewichen. Der Ausschuss kommt überein, dass es sich um einen Einzelfall und dem Verfahren nach um eine Ausnahme handele.

## 12. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder verständigen sich über den Stand der Vorbereitung der im Juni 2019 stattfindenden Delegationsreise des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und der europapolitischen Sprecher nach Polen.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 12 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. i. V. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführer